

TSGE Deutschland GmbH
Im Fliegerhorst 12
38642 Goslar
Deutschland

BMK - V/5 (Chemiepolitik und Biozide)
biozide@bmk.gv.at

Mag. Katharina Furtmüller
Sachbearbeiterin

KATHARINA.FURTMUELLER@BMK.GV.AT
+43 1 71162 612355
Stubenbastei 5, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2024-0.391.441

Wien, 29. Mai 2024

Gegenstand: Aufhebung der Zulassung gemäß Art. 48 Abs 1 lit a iVm Art 19 Abs 4 lit b der
Verordnung (EU) Nr. 528/2012 für das Biozidprodukt recozit Mottenpapier

Aufhebung des Bescheides GZ. 2021-0.676.154 i.V.m. 2023-0.882.795

B e s c h e i d

Über die Aufhebung der Zulassung des Biozidproduktes recozit Mottenpapier der Firma Reckhaus AG, Rosenbergstraße 95, 9000 St. Gallen, Schweiz, mit der Zulassungsnummer AT-0019558-0000 ergeht durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie als zuständige Behörde nach § 3 Biozidproduktegesetz, BGBl. I Nr. 105/2013 idgF (im Folgenden „BiozidprodukteG“) gemäß Art. 48 Abs 1 lit a der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (im Folgenden „BiozidVO“) folgender

S p r u c h

Gemäß Art. 48 Abs 1 lit a der BiozidVO wird der Zulassungsbescheid GZ. 2021-0.676.154 vom 12. Oktober 2021 in Verbindung mit 2023-0.882.795 vom 11. Dezember 2023 für das Biozidprodukt

recozit Mottenpapier

mit folgenden Handelsnamen und der Zulassungsnummer:

recozit Mottenpapier
Mottenpapier

AT-0019558-0000

mit 1. Juli 2024 aufgehoben.

Gemäß § 5 Abs 9 BiozidprodukteG in Verbindung mit Art. 52 der BiozidVO über den Übergangszeitraum darf das genannte Biozidprodukt in der zuletzt zugelassenen Form ab dem 1. Juli 2024 noch 180 Tage auf dem Markt bereitgestellt werden und weitere 180 Tage verwendet werden.

Mit Inkrafttreten des Bescheides wird das oben genannte Biozidprodukt mit dem weiteren Handelsnamen Mottenpapier aus dem gemäß § 6 BiozidprodukteG im Namen der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei der Umweltbundesamt GmbH geführten Biozidprodukte-Verzeichnis gelöscht.

Begründung

Mit Bescheid GZ. 2021-0.676.154 vom 12. Oktober 2021 wurde der Firma Reckhaus AG von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie für das Biozidprodukt recozit Mottenpapier mit der Zulassungsnummer AT-0019558-0000 und dem weiteren Handelsnamen Mottenpapier die Zulassung in Anerkennung des Referenzmitgliedstaates Schweiz bis 13. August 2028 erteilt.

Das Biozidprodukt enthält den Wirkstoff Transfluthrin. Mittels Delegierter Verordnung (EU) 2024/197 wurde die harmonisierte Einstufung von Transfluthrin und damit Teil 3 von Anhang VI der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung) dahingehend geändert, als dieser Stoff nunmehr unter anderem als akut toxisch der Kategorie 4, karzinogen der Kategorie 2 und spezifisch zielorgantoxisch der Kategorie 1 bei einmaliger Exposition harmonisiert eingestuft wurde.

Gemäß Art. 48 Abs 1 lit a BiozidVO hebt die zuständige Behörde eines Mitgliedstaates jederzeit eine von ihr erteilte Zulassung auf oder ändert sie, wenn sie der Auffassung ist, dass die in Art. 19 oder gegebenenfalls in Art. 25 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Nach Art. 19 Abs 1 lit a der BiozidVO ist ein Biozidprodukt nur zulassungsfähig, wenn die enthaltenen Wirkstoffe in Anhang I aufgenommen oder für die betreffende Produktart genehmigt sind, und etwaige Bedingungen, die für diese Wirkstoffe genannt sind, eingehalten

werden. Gemäß Art 19 Abs 4 lit b der BiozidVO darf ein Biozidprodukt nicht mehr zur Bereitstellung auf dem Markt zwecks Verwendung durch die breite Öffentlichkeit zugelassen werden, wenn es gemäß der CLP-Verordnung als spezifisch zielorgantoxisch der Kategorie 1 bei einmaliger Exposition einzustufen ist. Dies trifft auf die gegenständliche Biozidproduktfamilie aus nachstehenden Gründen zu:

Am 5. Jänner 2024 hat die Europäische Kommission mit der Delegierten Verordnung (EU) 2024/197 den Anhang VI im Teil 3 der CLP-Verordnung im Zuge der 21. ATP geändert. Die Verordnung trat am 25. Jänner 2024 in Kraft und gilt ab dem 1. September 2025. Für Transfluthrin wurde unter anderem die Aufnahme der folgenden Einstufung festgelegt:

- Akute Toxizität Kategorie 4 mit dem Gefahrenhinweis „Gesundheitsschädlich bei Verschlucken“ (H302)
- Karzinogenität Kategorie 2 mit dem Gefahrenhinweis „Kann vermutlich Krebs erzeugen“ (H351)
- Spezifische Zielorgantoxizität (einmalige Exposition) Kategorie 1 (STOT SE 1, Nervensystem) mit dem Gefahrenhinweis „Schädigt die Organe (Nervensystem)“ (H370)

Gemäß den Einstufungskriterien für Gemische, welche im Anhang I der CLP-Verordnung festgelegt sind, sind Gemische dann als *STOT SE 1* einzustufen, wenn der Konzentrationswert des als spezifisch zielorgantoxisch eingestuften Bestandteils eines Gemisches 10% oder mehr beträgt. Der Transfluthringehalt des gegenständlichen Produktes und des Produktes mit einem weiteren Handelsnamen beträgt 12,95% und ist dieses somit als *STOT SE 1* mit dem Gefahrenhinweis H370 „Schädigt die Organe (Nervensystem)“ einzustufen. Da das gegenständliche Biozidprodukt sohin die Voraussetzungen einer Zulassung für die breite Öffentlichkeit nicht mehr erfüllt, ist dessen Zulassung mit 1. Juli 2024 aufzuheben.

Gemäß Art. 52 der BiozidVO gewährt die zuständige Behörde bei Änderung oder Aufhebung einer Zulassung - ungeachtet Art. 89 der BiozidVO - einen Übergangszeitraum für die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Lagerbeständen, sofern die weitere Bereitstellung auf dem Markt oder die weitere Verwendung der Biozidprodukte nicht mit einem unannehmbaren Risiko für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder für die Umwelt verbunden ist. Da die hier relevante Einstufung erst mit September 2025 in Geltung tritt, konnte der obgenannte Übergangszeitraum eingeräumt werden.

Mit der Geschäftszahl 2024-0.303.960 ist das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens der Antragstellerin am 30. April 2024 zur Stellungnahme bis 20. Mai 2024 übermittelt worden. Sie hat binnen offener Frist keinen Einwand eingebracht.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das zuständige Landesverwaltungsgericht Wien zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen ab Zustellung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie schriftlich im Postwege einzubringen.

Sie hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet. Zudem hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Für die Bundesministerin:

Mag.Dr. Thomas Jakl